

DIE LINKE. *im Rat*

Zeitung der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Wuppertal

Nr. 22 Dezember 2011



Da kommt was auf uns zu – ein Finanzwirbelsturm

Der Anfang vom Ende

Jetzt kommt die große Sonderzuwendung vom Land. Herr Slawig und die SPD versprechen ca. 70 Millionen Euro in jedem Jahr bis 2016. Aber nichts gibt es ohne Gegenleistung. Die Landesregierung von Grünen-SPD erzwingt, die Neuverschuldung des städtischen Haushalts bis 2016 auf Null zu senken. Ist das die erwartete Stärkung für Wuppertal? Nein, es sollen bis 2016 ca. 40–90 Millionen Euro „eingespart“ werden. Aber damit ist es nicht getan: Bis 2021 müssen noch weitere „Einsparungen“ in Höhe des Landeszuschusses erfolgen. Dies kann nur über weitere Kürzungen und Steuererhöhungen geschehen. So ist damit zu rechnen, dass ab 2021 dauerhaft 110–160 Millionen Euro erbracht werden müssen, und dies bis zum St. Nimmerleinstag.

Aufgrund der Schuldenbremse in den Verfassungen von Land und Bund ist nicht damit zu rechnen, dass weitere Unterstützungen von dieser Seite erfolgen werden. Zumal durch den Stärkungspakt das Finanzdilemma gestoppt scheint, obwohl die Altschulden von über 2 Milliarden Euro für die Stadt bleiben.

Eine lebenswerte Stadt braucht Standards

Die Leistungsfähigkeit der Stadt für ihre BürgerInnen wird weiter geschwächt werden. Alle wissen, worauf er oder sie in Wuppertal angewiesen ist. Die Ratsmehrheit von SPD und CDU hatte 2010 einen drastischen Stellenabbau von 400 Arbeitsplätzen beschlossen. Jetzt ist man erschüttert über die Folgen: Lange Wartezeiten, Beschränkung von

Öffnungszeiten, Gedudel in der Hotline. Eintrittspreise für Zoo, Theater und Schwimmbad sind eigentlich für viele schon unbezahlbar. Und es fehlt Geld für Junge und Alte.

Deshalb stimmt DIE LINKE dem sogenannten Stärkungspakt nicht zu, denn eine lebenswerte Stadt braucht einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst. Diese Standards sind bereits durch das eingeleitete Haushaltssicherungskonzept unterschritten. Schon längst ist die Schmerzgrenze erreicht!

Das Scheitern ist absehbar

Jetzt soll trotzdem weiter gestrichen werden, diktiert die rot-grüne Landesregierung. 2021 ist Wuppertal dann immer noch nicht schuldenfrei. Es werden – vielleicht – nur *wenig zusätzliche* Schulden gemacht verglichen mit heute. Aber die Altschulden von über 2 Milliarden Euro lasten weiter auf Wuppertal. Die Zinsen für die Altschulden müssen weiter gezahlt werden. Allein im kommenden Jahr müssen 57 Millionen Euro dafür aufgebracht werden. Und so wird es auch nach 2016 sein, wenn die zusätzlichen rot-grünen Landesmittel stufenweise abgebaut werden. Die Streichungen müssen schrittweise die sinkenden Landesmittel ersetzen.

Demokratie bewahren!

SPD, CDU und Grüne reden von einem „Stärkungspakt“. Einen Pakt schließen zwei mit denselben Interessen. Es handelt sich bei den Landesgeldern aber um eine *Zwangsmaßnahme*: Die Stadtspitze wird gesetzlich verpflichtet, das Geld zu den beschriebenen Bedingungen anzunehmen. Sie muss das verbleibende Defizit durch Leistungsstreichungen oder durch Steuererhöhungen auf Null bringen. Wuppertal braucht die finanzielle Unterstützung des Landes; sie darf aber nicht an Zwang gekoppelt sein.

SPD und CDU behaupten, mit diesen selbst vorgeschlagenen Streichungen ihre Handlungsfähigkeit beweisen zu können. Das sei im Sinne des Erhalts der Demokratie allemal besser, als der ortsunkundigen Kommunalaufsicht die Streichungen zu überlassen. Das sagten sie schon mit dem letzten Haushaltssicherungskonzept, das noch gar nicht ganz umgesetzt worden ist. Ein politisches System aber, das die Lebensstandards der Mehrheit nicht sichern kann, sondern streichen will, verliert seinen demokratischen Charakter. In einer Demokratie bestimmen nicht die Interessen von Banken und Spekulanten. In einer Demokratie sollten die Interessen der Mehrheit bestimmen. ■

Mehr zum „Stärkungspakt“ auf <http://www.ratsfraktion-dielinke-wuppertal.de>

Liebe Leserin, lieber Leser,
die Fraktion DIE LINKE im
Rat der Stadt Wuppertal
wünscht Ihnen frohe
Feiertage und ein fried-
liches, gesundes und
glückliches neues Jahr!





Die Ratsfraktion DIE LINKE begrüßt die Entscheidung der Verwaltung, endlich den im Jahre 2008 gefassten Grundsatzbeschluss zur Einrichtung einer 6. Gesamtschule in Wuppertal umzusetzen. DIE LINKE im Rat fordert die Umsetzung des Elternwillens schon seit Jahren.

Mit verschiedenen Anträgen und Anfragen in Rat und Schulausschuss brachte sie das Thema immer wieder auf die Tagesordnung. Auf ihre Anfrage bei der Bezirksregierung über den Stand des Verfahrens wurde diese tätig und suchte das Gespräch mit dem Schuldezernenten. Dies war nötig geworden, weil die Schulausschussmitglieder unzureichend über

Stadt schlägt Gesamtschule zweiter Klasse vor

Ausschussmitglieder erfahren davon aus der Presse

den Stand der Dinge informiert werden. Auch die jetzigen Pläne der Verwaltung erfuhren die Ausschussmitglieder der kleineren Fraktionen aus der Presse und nicht im zuständigen Fachausschuss.

Seit Jahren zeigen die Anmeldezahlen und die Anzahl der SchülerInnen, die jährlich wegen fehlender Plätze abgewiesen werden, ein starkes Votum der Eltern für die Gesamtschule. Allerdings ist der jetzige Vorschlag des Schuldezernenten halbherzig und zeigt, dass die Stadt nicht gewillt ist, die Sache Gesamtschule beherzt durchzuführen. Dadurch, dass die geplanten Erweiterungen der Gesamtschule Vohwinkel nun wegfallen sollen, wird es kaum Entlastung bei den Anmeldungen geben. Dies gilt besonders für die östlichen Stadtteile. Es ist auch zweifelhaft, ob die Eltern wirklich eine Schule wollen, bei der Mittelstufe und Oberstufe kilometerweit auseinanderliegen. Die Nutzung der Hauptschulen Katernberg und Uellendahl ist keineswegs wirtschaftlich so sinnvoll, wie es der Schuldezernent darstellt. Man sollte die Standortprüfung auf Schulgebäude ausrichten, die bereits heute alle Voraussetzungen erfüllen, die Sekundarstufe I und Sekundarstufe II in einem gemeinsamen Gebäude zu beschulen. Die Erweiterung der Zügigkeit der Gesamtschule Vohwinkel sollte nicht der Errichtung einer 6. Gesamtschule zum Opfer fallen.

Helin Argav ■

Kommunale Unternehmen

Geheimniskrämerei bei den Vorstandsbezügen

LINKE verlangt Offenlegung

Das Transparenzgesetz sieht die individualisierte Offenlegung der Bezüge der einzelnen Mitglieder der Geschäftsführungsorgane, der Aufsichtsorgane und ähnlicher Organe vor. Das Gesetz wurde noch zu Zeiten der schwarz-gelben Landesregierung beschlossen. Obwohl dessen Umsetzung am 9. November 2010 vom Ausschuss Finanzen und Besteuerung beschlossen wurde, geschah bislang nichts. Die InhaberInnen alter Verträge berufen sich darauf, dass ihr alter Vertrag eine Offenlegung der Bezüge nicht vorsieht.

Wie der Presse zu entnehmen war, werden die Bezüge der Vorstände der WSW angehoben. Dies stellt eine Veränderung der bestehenden Verträge dar. Trotzdem war von einer Offenlegung der Bezüge in diesem Zusammenhang nicht die Rede.

Die in der wz-newsline breit geführte Diskussion über die Erhöhung der Vorstandsbezüge bei den Wuppertaler Stadtwerken zeigt das große öffentliche Interesse in dieser Frage. Es ist den WuppertalerInnen nicht zu vermitteln, dass die Bezüge der Vorstandsmitglieder von Dax-Unternehmen veröffentlicht werden – die von kommunalen Unternehmen aber nicht.

Die Ratsmehrheit (CDU/SPD/FDP/WfW) unterstützt die Weigerung der InhaberInnen alter Verträge, ihre Verträge offen zu legen. Sie weigert sich sogar, sie aufzufordern, dies zu tun. Dies ist ein Unding. Ein solcher Appell würde gewiss seine Wirkung haben, zumal betroffene Vorstände Mitglieder von im Rat vertretenen Parteien sind.

Was soll die Geheimniskrämerei? Hat man was zu verbergen?

Kommunale Unternehmen müssen transparent sein. Transparenz ist Voraussetzung für die demokratische Kontrolle durch gewählte Parlamente und stärkt das Vertrauen der Bürger in die Tätigkeit kommunaler Unternehmen.

Den Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE findet sich: <http://www.ratsfraktion-dielinke-wuppertal.de/nc/presse/detail/zurueck/archiv-38bec72acb/artikel/offenlegung-von-vorstandsbezuegen/>

Gastkommentar: Kein Platz für Nazis – nicht in Wuppertal und auch nicht anderswo!

„Es gibt kein Problem mit Rechtsextremen, aber ein erhebliches mit Linksextremen.“ Dies sah der Leiter der Polizeiwache in Vohwinkel bis zu seiner Beurlaubung so. Und damit ist er in guter Gesellschaft mit all denen, die in politischer Verantwortung das gefährliche Treiben der Nachwuchs-Nazis nicht nur ignorieren, sondern als zu tolerierende Meinungsäußerung aufwändig schützen lassen.

Die jetzt bekannt gewordene Mordspur des als NSU bezeichneten Nazi-Trios aus Thüringen weist auch nach Nordrhein-Westfalen. Im rechten Netzwerk um Axel Reitz war dieses Trio bekannt. Auch die Vohwinkeler Nazis mischen mit in diesem Netzwerk. Axel Reitz war der Anmelder der Nazi-Demo am 29. Januar in diesem Jahr in Wuppertal.

Polizeilicher Geleitschutz für diesen Aufmarsch und Pfefferspray und Knüppelinsatz der Polizei gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten; dabei stundenlange Straßensperren und Ausnahmezustand im gesamten Wuppertaler Stadtgebiet. Das gehört jetzt zur unruhlichen Stadtgeschichte. Rechte Gesinnung ist keine harmlose Weltanschauung. Rechte Gesinnung ist handlungsleitend für die Nachwuchs-Nazis – und das heißt für sie: brutale rücksichtslose Gewalt gegen alle, die nicht in ihr volksdeutsches Weltbild passen. Rücksichtslos bis zum Mord.

Das weitgehend geduldete Treiben wird mit dem Wissen erklärbar, dass beim Verfassungsschutz Nazis als V-ertrauens-leute agieren. Die Finanzierung der Nazistrukturen erfolgt auch dadurch.

Erfolgt möglicherweise die Ermittlungsarbeit auch der Wuppertaler Polizei zu offenkundigen Straftaten der Nazis deshalb so zurückhaltend? Welche Interessen behindern die Politik, endlich die Nazi-V-Leute beim Verfassungsschutz abzuschalten, die NPD als Organisationszentrum der Nazi-Umtriebe zu verbieten und mit allen politischen und strafrechtlichen Mitteln gegen diese gesellschaftliche Gefahr vorzugehen?

Faschismus ist keine Meinung – Faschismus ist ein Verbrechen. Dieser Merksatz stützt sich zum einen auf die Erfahrung mit dem 12-jährigen Faschismus an der Macht, dessen Ergebnis eine europäische Trümmerlandschaft war und der rd. 60 Millionen Menschen zu Tode brachte; und das ist ebenso die Erfahrung mit den Nachwuchs-Nazis, auf deren Rechnung inzwischen fast 200 Todesopfer seit 20 Jahren stehen.

Wir haben ein erhebliches Problem mit Rechtsextremismus. Sorgen wir alle unermüdlich für ein gesellschaftliches Klima, das Nazis keinen Platz lässt!

J.V., VVN/BdA ■



Wohnen in Wuppertal – bald gefährdet?

GWG in Schieflage



Auch in Wuppertal gibt es eine besorgniserregende Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt: Verschiedene frühere Wohnungs- und Siedlungsgesellschaften haben ihre Wohnungsbestände an internationale Investoren verkauft. Die Häuser verkommen nach und nach. Wer irgend kann, zieht um. So geschehen im Wohngebiet Rehsiepen in Ronsdorf und im Wohngebiet Engelshöhe/Elfenhang in Vohwinkel.

Unlängst nun ließ die **Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft (GWG), die fast ausschließlich der Stadt Wuppertal gehört**, in der WZ mitteilen, sie werde sparen müssen. Zum Sparpaket soll unter anderem die Streichung von Arbeitsstellen gehören. Gleichzeitig aber wurden auch weitere Hausverkäufe angekündigt. 1996 gehörten der GWG etwa 10000 Wohnungen in Wuppertal, inzwischen sind es etwa viertausend weniger – und weitere sollen noch verkauft werden.

Wieso das?

Bis Anfang der 1990er Jahre bestand die Aufgabe der GWG darin, bezahlbare, meistens öffentlich geförderte Wohnungen zu bauen, zu unterhalten und zu vermieten. Dann fiel das Wohnungsgemeinnützigkeits-Gesetz weg. – Einer der ersten Schritte, die es zehn Jahre später möglich machten, Mietwohnungen als Spekulationsobjekte internationaler Investoren („Heuschrecken“) zu benutzen.

Misswirtschaft und Korruption

Wenige Jahre später schon wurde bekannt, dass die GWG in Millionenhöhe dadurch geschädigt worden ist, dass z. B. die leer stehende Bremme-Brauerei weit über Wert angekauft wurde, ohne dass ein rentables Konzept entwickelt worden wäre, das alte Bauwerk zu nutzen. Gleichzeitig ließ die damalige Geschäftsleitung der GWG Seniorenwohnungen errichten. Dagegen ist an sich nichts einzuwenden. Aber die Mieten, die die Mitglieder der damaligen Geschäftsleitung den politischen Entscheidungsträgern vorgaukelten, ließen sich nicht erwirtschaften. Endgültig wurden die beiden – aufgrund von Korruption zu überhöhten Preisen errichteten – Seniorenwohnanlagen am Springer Bach und an der Hardt zu einem dauerhaften Verlustgeschäft. Mit anderen Trägern – so mit der Diakonie – wurden Zwischenverträge abgeschlossen: In diesen Verträgen garantiert die GWG, hohe Mieten auszuschütten, Mieten, die sich auch heute noch nicht erwirtschaften lassen. Folge ist ein jährlicher Verlust von etwa 1 Million €. **Zwar wurde die damalige Geschäftsführung inzwischen strafrechtlich verurteilt, aber die Verträge müssen weiterhin erfüllt werden.**

Verfehlte Wohnungspolitik

Hinzu kam eine völlig verfehlte Wohnungspolitik: In den 1990er Jahren war in Wuppertal praktisch jede Wohnung zu auskömmlichen Mieten belegt. Viele werden sich noch erinnern, dass damals Wohnungsnot herrschte und jede Eigenbedarfskündigung bei Familien, die zur Miete wohnten, existentielle Panik auslöste. Nichts wäre naheliegender gewesen, als in jener Zeit Rücklagen zu bilden für künftig notwendige Instandsetzungen und Modernisierungen. Aber das geschah nicht. Stattdessen entschloss sich beispielsweise die Stadt Wuppertal 1996 per Ratsbeschluss, der GWG fast den gesamten Wohnungsbestand der Stadt Wuppertal zu verkaufen. Diese Wohnungen hatten einen sehr hohen Instandsetzungsbedarf. Mittel dafür waren aber nicht zurückgelegt worden, sondern die Mieteinnahmen flossen in den allgemei-

nen Haushalt der Stadt und wurden natürlich ausgegeben. Schon fünf Jahre später musste die GWG die erworbenen städtischen Wohnungen weiter verkaufen, weil das Geld für die teuren Instandsetzungen nicht reichte. Hunderte von Mieterinnen und Mietern mussten ausziehen, weil die meisten Wohnungen an Unternehmen verkauft wurden, die Eigentumswohnungen daraus machten und ihrerseits weiter verkauften. Für diesen Fall hatte sich die Stadt Wuppertal zwar ein Rückkaufsrecht vorbehalten, gab dieses Recht aber im Jahr 2001 durch einen entsprechenden Ratsbeschluss auf – zum Schaden der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Gleichzeitig wurde die GWG im Jahr 2001 dadurch beschädigt, dass CDU und FDP lautstark beantragten, die gesamte GWG zu verkaufen. Der Antrag wurde zwar mit nur einer Stimme Mehrheit abgelehnt, aber solche Verkaufsbemühungen beschädigen jede Firma in den Kontakten zu ihren Geschäftspartnern!

Schlechte Aussichten

Während viele frühere Sozialwohnungen durch Umwandlung in Eigentumswohnungen und Verkauf an Spekulanten vom (Miet-)Wohnungsmarkt wegfallen oder auf Dauer zu teuer werden, sieht es auf der anderen Seite so aus, dass praktisch keine neuen Sozialwohnungen nachgebaut werden. Das Land NRW hat schon seit Jahren keine Steuergelder mehr in den sozialen Geschoss- Wohnungsbau investiert. Vor wenigen Monaten nun hat die SPD/Grüne Landesregierung dafür gesorgt, dass das selbstständige Wohnungsbauvermögen der Wohnungsbauförderungsanstalt (immerhin 19 Milliarden €!) von der NRW-Bank übernommen wird. Das heißt, neuer Wohnungsbau ist davon abhängig, welche Geschäftspolitik die NRW-Bank bevorzugt – und davon, ob und in welcher Höhe die NRW-Bank für die unendlichen Schulden der Westdeutschen Landesbank wird eintreten müssen. – Keine guten Aussichten für Menschen, die auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind, vor allem wenn wir uns ansehen, welche spekulativen Geschäfte auch die Landesbanken in den letzten Jahren bevorzugt haben, statt in die Infrastruktur zu investieren.

6000 Wohnungen fehlen

Wenn dann in einer Fachstudie noch erklärt wird, dass künftig bis zu 6000 Wohnungen für ältere Menschen fehlen werden, macht dies die Lage nicht besser. Tatsächlich werden neue – öffentlich geförderte und damit bezahlbare – Wohnungen für Menschen gebaut werden müssen, die trotz geringer Rente darauf angewiesen sind, Wohnungen mit Personenaufzügen erreichen zu können, Wohnungseinrichtungen (wie Duschen) nutzen zu können, die ohne Hindernisse erreicht werden können. Schon technisch kann dieser Bedarf nicht durch die Sanierung von Altbauwohnungen gedeckt werden.

DIE LINKE fordert deshalb:

Einrichtung eines Landesprogrammes für sozialen Wohnungsbau! Rückabwicklung der Übertragung von Wohnungsbauvermögen an die NRW-Bank. ■

Impressum:

Herausgegeben von der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Wuppertal, Rathaus, Zi. 242, Joh.-Rau-Platz 1, 42275 Wuppertal, Tel. u. Fax: 0202 563-6677
www.ratsfraktion-dielinke-wuppertal.de
 E-Mail: ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de
 MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Ursula Albel, Helin Argav, Elisabeth August, Dr. Wolfgang Fenner, Hartmut Kissing, Bernhard Sander, Gerd-Peter Zielezinski, Foto S. 2: K. Feisel
 Redaktionsschluss: 30.11.2011
 Druck: Druckservice HP Nacke KG, Wuppertal
 Auflage: 80.000. Die Abgabe erfolgt kostenlos.

Krisenland: Europa – quo vadis?

Europa ist verschuldet. Die Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte zeigt deutlich, dass es so nicht weiter geht. Die marktliberale EU-Politik hat die Eurokrise maßgeblich mit verschuldet. DIE LINKE fordert hier eine politische Umkehr, weg von der Straße der Geisterfahrer, mit einem nachhaltigen Zukunftsinvestitionsprogramm und einem sozialökologischen Umbau, der den Menschen nützt. DIE LINKE setzt sich gegen Armut und soziale Ungleichheit und für einen Neustart eines demokratischen, sozialen und friedlichen Europas ein, in dem die Finanzmärkte reguliert und die Banken kontrolliert werden. Nur wenn wir die Diktatur der Finanzmärkte brechen, können wir Europa aus der Schuldenkrise befreien.

Banken profitieren

Die europäischen Haushalte müssen vor den Übergriffen der Märkte geschützt werden, um wieder handlungsfähig zu werden. Hilfskredite, wie von der Bundesregierung vorgeschlagen, dürfen die griechische Bevölkerung nicht treffen, es gilt hier sinnvolle Steuereinnahmen und nicht falsche Versprechungen durchzusetzen. Sonst haben wir es hier wieder nur mit einer Hilfe für die Banken zu tun. Sinnvolle Maßnahmen sind, den angehäuften privaten Reichtum und das Geldvermögen von Milliardären und profitorientierten Banken abzuschöpfen. Schließlich haben sie auch die Krise verursacht. Brachiales Sparen reduziert die Schulden nicht, wie wir in Griechenland sehen. Höhere Gewinn- und Vermögensteuern sind ein sinnvoller Weg. Dafür brauchen wir europaweit abgestimmte Regeln, um den unsocialen Dumpingwettbewerb zu beenden.

Die deutschen Regierungen haben durch die Agenda 2010 mit Leiharbeit, Mini-Jobs und Hartz IV die Löhne gedrückt. Die Reallöhne sind von 2000 bis 2009 in Deutschland um 4,5 Prozent gesunken. Durch das deutsche Lohndumping wurden immer mehr Waren ins Ausland verkauft als von dort gekauft. So stieg der deutsche Außenhandelsüberschuss. Dies schwächte die anderen Staaten, weil sie

die Importe aus Deutschland immer stärker auf Pump finanzieren mussten.

Mindestlohn und Steuer auf große Vermögen

Diese Negativ-Spirale und ausschließlich profitorientierte Vorgehensweise Deutschlands muss beendet werden. Der Wettlauf um billige Löhne muss zu einem schnellen Ende gebracht und die Binnenkaufkraft gestärkt werden. Zur Stärkung der Binnennachfrage braucht Deutschland den gesetzlichen Mindestlohn, eine Erhöhung des ALG II, orientiert an dem tatsächlichen Bedarf und die Zurücknahme von Renten- und Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010. Die Bundesregierung agiert gesellschaftlich antisozial. DIE LINKE sieht hier einen weiteren verzweifelten Versuch zur permanenten Bankenrettung. Das einzige, was diese Regierung tut, ist den milliardenschweren Rettungsschirm wie eine Patchwork-Decke permanent zu verlängern, um die Banken auf Kosten von SteuerzahlerInnen, öffentlichen Haushalten und Kommunen zu retten. Mittel- bis langfristig führt diese Fortsetzung der neoliberalen Kürzungspolitik zu einer dauerhaften Rezession in Europa.

Aber nicht nur bei der Lohnpolitik, sondern auch bei der Steuerpolitik muss der Wettlauf nach unten beendet werden. Wir brauchen die EU-weite Vermögensabgabe, stärkere Steuern auf Vermögen und Kapitaleinkünfte, und wir benötigen dringend eine Finanztransaktionssteuer.

Krisenverursacher und Profiteure zur Kasse bitten!

Die Finanzierung öffentlicher Haushalte kann nur durch eine höhere Besteuerung von Reichen und großen Konzernen nachhaltig abgesichert und resistenter gegen Krisen gemacht werden. DIE LINKE solidarisiert sich mit dem Anliegen der Occupy-Bewegung, die Macht der Banken zu brechen. Nur ein öffentlich-rechtlicher Bankensektor, der nicht auf Investmentbanking und Finanzmarktspekulation ausgerichtet ist,

kann diesen Weg bereiten und Europa wieder stark machen. Darum setzt sich DIE LINKE für eine Überführung privater Großbanken in öffentliches Eigentum ein.

DIE LINKE fordert eine europäische Bank für öffentliche Anleihen und die Auflage von Eurobonds. Diese demokratisch kontrollierte europäische Bank, welche zinsgünstige Kredite an Mitgliedsstaaten vergibt, kann diese so einerseits aus der Verschuldung hinaus führen und andererseits vom Diktat der Finanzmärkte befreien. Nichts weniger kann unser Ziel sein: Europa vom Diktat der Finanzmärkte zu befreien! Nur die Abkopplung der Staatsfinanzierung von den Kapitalmärkten, wie von Gewerkschaften und DIE LINKE vorgeschlagen, kann die immer dreisteren Attacken der Finanzmärkte abwehren. Das europäische Casino gehört geschlossen: Es ist bankrott.

Nur auf ein solides Fundament kann gebaut werden – das gilt auch für das Haus Europa. Lasst uns dafür kämpfen, dass soziale Rechte in Europa Vorrang vor Wettbewerb und Freiheiten von Banken und Unternehmen haben.

Susanne Herhaus ■

CDU und SPD verhindern Sozialticket in Wuppertal

In der Oktober-Ratssitzung hatten die Stadtverordneten die Chance, für die Einführung des Sozialtickets in Wuppertal zu stimmen. Aber die Ratsmehrheit aus CDU/SPD/FDP und WfW weigerte sich, auch nur die einjährige Probezeit für das Ticket mitzutragen. Sie folgte der Argumentation der Verwaltung, die städtischen Finanzen würden dies nicht zulassen. Aber viele andere arme Kommunen in NRW haben das Sozialticket schon oder führen es ein. Dies wurde möglich, nachdem der Innenminister klargestellt hatte, dass auch Kommunen wie Wuppertal, die unter Haushaltsrecht stehen, sich beteiligen dürfen. Der sozialpolitische Sprecher der Ratsfraktion DIE LINKE forderte in der Ratssitzung, das Sozialticket auch in Wuppertal einzuführen, da der Verweis auf das Nothaushaltsrecht nicht mehr zieht. „Das wäre ein Schritt in die richtige Richtung“, äußert sich Bernhard Sander. „Der bisher angepeilte Preis für das Sozialticket ist allerdings noch deutlich über der 15 €-Mobilitätspauschale, die in der Hartz IV-Berechnung angesetzt ist. Ein wirkliches Sozialticket darf nicht teurer sein als dieser Satz. Und das Sozialticket müsste allen Menschen mit geringem Einkommen gewährt werden“, forderte Sander. ■

mal reinhören, mitreden, mitwirken

DIE LINKE.

- Ich bitte um Zusendung von Informationsmaterial
 Ich möchte regelmäßig zu Veranstaltungen und Versammlungen eingeladen werden
 Ich möchte Mitglied werden

Name und Anschrift: _____

einsenden an:

Die LINKE, Kreisverband, c/o Cornelia Weiß, Hombüchel 24, 42105 Wuppertal, www.dielinke-wuppertal.de